

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [„Rekord! Jeder dritte Euro geht für Sozialausgaben drauf“. Was aus dem Sozialbudget 2025 \(nicht\) abgeleitet werden kann](#)
2. [Merz dringt auf Mehrarbeit – doch die Deutschen stellen sich quer](#)
3. [Krise der Automobilindustrie: Freude am Sparen](#)
4. [Staatlich subventionierter Aktienboom](#)
5. [Des Kanzlers neues Kabinett: Ruhe nach dem Sturm](#)
6. [Die betrogene Gesellschaft](#)
7. [Sterben für SACEUR?](#)
8. [„Neue Prioritäten setzen“](#)
9. [Turnberry? War das was?](#)
10. [Die Behauptung einer sogenannten „Überkapazität“ ist nicht haltbar](#)
11. [Nach Vorstoß im EU-Parlament: Paris weist Journalistin Fedorova aus](#)
12. [Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz dient Ausschluss fortschrittlicher Kräfte: Freie Wahl abgeschafft](#)
13. [Homeoffice: Wunsch und Wirklichkeit klaffen häufiger auseinander](#)
14. [Vereinigtes Königreich: Labour hofft auf Sieg](#)
15. [Faucis geheimes Tagebuch: „Wichtiges Zoom-Meeting mit Karl Lauterbach“](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **„Rekord! Jeder dritte Euro geht für Sozialausgaben drauf“. Was aus dem Sozialbudget 2025 (nicht) abgeleitet werden kann**

Diese Zahlen haben Sprengkraft: Deutschlands Sozialausgaben sind auf ein Rekordniveau von 1431 Milliarden Euro gestiegen. Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums ging 2025 jeder dritte Euro der Wirtschaftsleistung für Renten, Gesundheit, Pflege, Arbeitslosenversicherung und weitere Sozialleistungen drauf. So eine der wir üblich schrill daherkommenden Meldungen, mit denen die Leser der BILD-Zeitung tagtäglich versorgt und getriggert werden. Und damit auch der schnelle Leser die Botschaft kompakt inhalieren kann, setzt man in den gewohnt dicken großen Buchstaben die Überschrift Rekord! Jeder dritte Euro geht für Sozialausgaben drauf über den Artikel. [...]

Die Abbildung mit der Darstellung der Ausgabenentwicklung seit 1991 zeigt einen starken Anstieg der Sozialausgaben vor allem am aktuellen Rand der Zeitreihe. Wenn man sich nur diese Entwicklung anschaut, dann könnte man tatsächlich beunruhigt sein.

Aber an dieser Stelle muss man hinsichtlich der Interpretation der Entwicklung darauf hinweisen, dass die präsentierten Zahlen zum einen nominale Größen sind, es sich also nicht um die preisbereinigte Entwicklung der Sozialausgaben handelt.

Und zum anderen muss man mit Blick auf die Frage, ob und wenn ja in welcher Stärke die Sozialausgaben „aus dem Ruder laufen“, bedenken, dass die Beträge hier vergleichslos in den Raum gestellt werden und man die – mathematisch korrekte – Aussage machen kann, dass die Sozialausgaben 2025 mehr als 3,5-mal so groß waren wie noch Anfang der 1990er Jahre nach der Wiedervereinigung.

Der Bezug der Sozialausgaben auf die am BIP gemessene volkswirtschaftliche Wertschöpfung ist deutlich aussagekräftiger. Und schaut man sich die Entwicklung der Sozialleistungsquote an, dann ergibt sich ein weitaus weniger dramatisches Bild: Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

Anmerkung Lutz Hausstein: Ich kann die Beiträge von Prof. Sell jedem immer wieder nur wärmstens ans Herz legen. Sein profundes Wissen in den Bereichen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften erlaubt es ihm, die häufig nur verkürzt oder gar falsch interpretierten Zahlen und Daten aus den Medien besser einzuordnen und nicht selten vom Kopf auf die Füße zu stellen. Jeder Leser kann davon nur profitieren. So auch in diesem Fall. Politiker wie Merz, Linnemann, Söder, Spahn, Dobrindt und wie sie sonst noch alle heißen behaupten eine Überfinanzierung des Sozialstaates und bereiten damit dem (weiteren) Abbruch des Selbigen den Boden. Anschließend springen Medien wie BILD, FAZ und wie diese nun wieder alle heißen darauf an und verbreiten die in Prof. Sells Beitrag aufgegriffene Stimmungsmache mit nicht korrekt eingeordneten Zahlen. Und zu (un-)guter Letzt berufen sich anschließend genau diese Politiker auf diese falschen Informationen der Medien. Ein perfektes

Perpetuum mobile, das wir nun auch schon seit über einem Vierteljahrhundert in genau dieser Form miterleben. Und immer noch fallen viel zu viele Menschen stets aufs Neue darauf hinein.

2. **Merz dringt auf Mehrarbeit - doch die Deutschen stellen sich quer**

Der Bundeskanzler will die Menschen zu mehr Arbeit bewegen. Eine neue Umfrage zeigt: Die Deutschen haben eher Lust auf das Gegenteil. [...]

Doch die Deutschen wollen nicht mehr und länger arbeiten – das zeigen Umfragen und Analysen immer wieder. So wollen 44 Prozent der Befragten einer Forsa-Umfrage von Ende Juni zufolge vor der Regelaltersgrenze in den Ruhestand gehen. Bei den über 50-Jährigen sind es sogar 52 Prozent.

Aber auch im Hinblick auf andere Aspekte des Mehrarbeitens sind die Deutschen zurückhaltend. Das zeigt eine Befragung von Statista+, deren Ergebnisse t-online vorliegen. Zuerst hatte der "Spiegel" berichtet.

So sagen 39 Prozent der Erwerbstätigen, dass sich Leistung im Job nicht lohne. Nur 44 Prozent sind bereit, Mehrarbeit zu leisten. 22 Prozent sagen, dass sie grundsätzlich nicht bereit sind, mehr als formal erwartet für ihren Job zu leisten. Die Gründe dafür sind:

- Weil das Unternehmen Mehrarbeit nicht oder nicht ausreichend vergütet (41 Prozent)
- Weil die eigene Freizeit wichtiger ist (36 Prozent)
- Weil es dafür keine oder kaum Wertschätzung gibt (34 Prozent)
- Weil es die Lebensqualität beeinträchtigen würde (31 Prozent)
- Weil das Unternehmen dadurch keine besseren Karrierechancen bietet (26 Prozent)
- Weil die Belastungsgrenze schon erreicht ist (23 Prozent)
- Weil das Mehreinkommen durch Steuern und Abgaben aufgefressen werden würde (22 Prozent)

Quelle: [t-online](#)

3. **Krise der Automobilindustrie: Freude am Sparen**

BMW kürzt 8.000 Stellen weltweit und bietet Beschäftigten in der BRD Abfindungen.
IG Metall und Betriebsrat zurückhaltend

Bayerische Motoren-Werke: Phantastilliarden Pferdestärken unter luxuriösen Hauben, Sattelfestigkeit trotz Automobilkrise und Freude am Fahren – dafür steht BMW. Passé sein könnte allerdings das Prädikat: Branchenprimus mit Weitblick. Feierte er am Dienstag noch, dass im neuen ungarischen Werk in Windeseile 50.000 E-Vehikel vom Typ »iX3« vom Band gelaufen seien und ein prall gefülltes Auftragsbuch vorliege, musste der Konzern am Mittwoch eingestehen, dass auch sein Karren im Dreck steckt: Weltweit sollen bis Ende 2027 rund 8.000 Jobs vernichtet werden – fünf Prozent der gesamten Belegschaft. Der gesunde bayerische Zweckoptimismus gebietet fortan also folgende Parole: Freude am Sparen.

Es überrascht nicht. Schon 2025 hatte BMW etwa 3.000 Stellen gestrichen. Mitte Juni 2026 korrigierte der Autobauer seine Gewinnprognose vage:

Quelle: [junge Welt](#)

4. **Staatlich subventionierter Aktienboom**

Wer ein paar Jahre in den USA gelebt hat, der weiß, mit welch bangem Blick viele Amerikaner auf die Ausschläge an der Börse blicken. Für einen großen Teil der US-Bürger ist das Aktieninvestment kein lukratives Hobby, sondern existenziell für die Absicherung im Alter. In einer interessanten Geschichte schreibt meine Kollegin Katharina Kort, dass 61 Prozent der Amerikaner überwiegend aktienbasierte, steuerbegünstigte Altersvorsorgekonten besitzen – weshalb es für jeden US-Präsidenten zur Überlebensfrage wird, die Märkte bei Laune zu halten. »Wenn die Börsenkurse einbrechen, dann bricht auch das Altersvermögen vieler Amerikaner ein«, schreibt Katharina. »Das wiederum könnte verheerende Folgen für die Konjunktur haben, wenn die traditionell konsumfreudigen Amerikaner ihre Ausgaben drosseln.« Sie beschreibt, wie Ökonomen jetzt schon Szenarien entwickeln, wie die Politik die Börsen stützen könnte. Skeptiker werden einwenden, es wäre einfacher, wenn sich die Amerikaner nach europäischem Vorbild eine umlagefinanzierte Altersvorsorge zulegen würden. Aber so wie ich die USA kennengelernt habe, fühlt man sich dort wohler, wenn man die Fassade des freien Marktes aufrechterhält – und seine Schwächen still per staatlicher Intervention kuriert.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Der verlinkte Artikel fängt so an "In den USA gehören Aktiensparpläne zur Altersvorsorge, das System ist extrem abhängig von den Finanzmärkten. Können Regierung und Notenbank einen Börsencrash überhaupt noch zulassen?" Es ist faszinierend: in Deutschland propagiert der SPIEGEL seit Jahrzehnten die Überlegenheit der "kapitalgedeckten" Altersvorsorge über Aktien, um

- endlich, verspätet - festzustellen, was für eine gigantische Blase sich in den USA aufgebaut hat, von der Lebenspläne abhängen. Und dass diese Art der Altersvorsorge eben "aktienabhängig" und "finanzmarktabhängig" und keineswegs "kapitalgedeckt" ist. Wird der SPIEGEL so viel Einsicht zeigen, für Deutschland jetzt endlich die Umlagerente zu propagieren, die er in diesem Artikel skurriler Weise den US-Amerikanern empfiehlt.

5. **Des Kanzlers neues Kabinett: Ruhe nach dem Sturm**

Thorsten Frei mit 91,9 Prozent zum neuen Unionsfraktionschef gewählt. Alte Minister entlassen, neue Minister ernannt, aber noch nicht vereidigt
Einigermaßen erleichtert dürfte Bundeskanzler und CDU-Chef Friedrich Merz am Mittwochabend gewesen sein. Nach den Pannen beim Kabinettsumbau ging beim offiziellen Vollzug der Amtswechsel alles gut, und auch die Wahl des bisherigen Kanzleramtsministers Thorsten Frei zum neuen Chef der Unionsfraktion verlief reibungslos. Der Nachfolger des in der Debatte um eine Leihmutterschaft in den USA zurückgetretenen CDU-Politikers Jens Spahn wurde mit mehr als 90 Prozent gewählt. Merz setzt offenbar darauf, dass sich der große Unmut in seiner Partei, den vor allem sein Umgang mit dem geschassten Verkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) hervorgerufen hat, in der Sommerpause legt. Diese Hoffnung brachte er jedenfalls bei seinem Staatsbesuch in Irland am Dienstag zum Ausdruck. Am Mittwoch konnte aber auch nicht viel schiefgehen, die Abläufe sind eingespielt.

Quelle: [junge Welt](#)

6. **Die betrogene Gesellschaft**

Wie die Bevölkerung indoktriniert und auf einen Krieg eingestimmt wird.
Die Verhältnisse in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren - politisch gesteuert - grundlegend verändert: Lebensunsicherheit und Angst grassieren, Egoismus statt Empathie, Hass gegen innere und äußere Feinde. Das macht es den Regierenden leicht, mit der Bevölkerung nach Belieben umzugehen. Festzustellen sind unter anderem eine übermäßige Digitalisierung, Registrierung und Überwachung. Wie sich immer deutlicher zeigt, erweist sich besonders Angst als probates Mittel zur Durchsetzung autoritärer politischer Maßnahmen, und zwar sowohl bei willfähigen Befehlsempfängern als auch bei einer indoktrinierten passiven Bevölkerung.

Quelle: [Wolfgang Bittner auf Globalbridge](#)

7. **Sterben für SACEUR?**

Darf ein Staat Kriegsdienst von seinen Bürgern verlangen, wenn er nicht alles für den Frieden unternimmt - und nicht einmal über das Oberkommando über seine eigenen Streitkräfte verfügt? Die angebahnte Rückkehr zur Wehrpflicht wirft Fragen auf. [...] Unabhängig davon war damit die Frage erneut aktuell geworden, ob und mit welcher

Begründung ein demokratischer Staat von einigen ausgewählten Bürgern zugunsten aller verlangen kann, auf seinen Befehl hin zu töten und zu sterben. (Dass im Krieg getötet und gestorben wird, wird gerne umgangssprachlich hinter Euphemismen wie »an der Waffe dienen« versteckt; auch dass nicht nur sterben Menschen nicht guttut, sondern auch töten.) Töten und Sterben berühren den harten metaphysischen Kern der Existenz des Menschen; Staaten dagegen, zumal moderne, sind säkulare, moralisch prekäre und irrtumsgefährdete Gebilde von Menschenhand. Soll, kann es ihnen erlaubt sein, von ihnen für alle in Beschlag genommene Bürger zur Not auch gegen ihren Willen zu zwingen, sich als Mittel zu einem wie auch immer bestimmten Kriegszweck einsetzen und aufbrauchen zu lassen?

Quelle: [Jacobin](#)

8. „Neue Prioritäten setzen“

Bundeskanzler Friedrich Merz dringt weiterhin in ultimativem Tonfall auf drastische Streichungen im künftigen Langzeithaushalt der EU. Die Kürzungen müssten „mehrere 100 Milliarden Euro“ betragen, forderte Merz am Dienstag bei einem Treffen mit Irlands Premierminister Micheál Martin. Martin ist zur Zeit führend mit den Etatverhandlungen befasst, da Irland die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Setzt sich die Bundesregierung mit ihrer Forderung durch, ginge dies nicht zuletzt zu Lasten des EU-Agrarhaushalts und damit besonders zu Lasten der französischen Landwirte. Diese mussten bereits Rückschläge aufgrund des Inkrafttretens des EU-Freihandelsabkommens mit dem Mercosur hinnehmen. Hinzu kommt, dass Frankreich auch auf dem Feld von Rüstungsindustrie und Militär, auf dem es in der EU traditionell einen Vorsprung hatte, von Deutschland abgehängt zu werden droht. All das verstärkt die deutsche Dominanz in der EU. Während Merz behauptet, Berlin könne keine zusätzlichen Ausgaben für den EU-Haushalt aufbringen, will die Bundesregierung allein in den Jahren von 2027 bis 2030 Neuschulden in Höhe von 838 Milliarden Euro aufnehmen – vor allem für die Hochrüstung.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

9. Turnberry? War das was?

Vor einem Jahr einigten sich EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen und US-Präsident Trump auf ein Zollabkommen. Jetzt ist der Deal wieder in Gefahr.

Ein Jahr nach dem umstrittenen Handelsdeal mit US-Präsident Donald Trump stellt sich die EU auf neuen Ärger ein. Trump droht mit „substanziellen“ Strafzöllen, nachdem Brüssel vergangene Woche ein Bußgeld von 890 Millionen Euro gegen den US-Internetkonzern Google erlassen hatte. Das Europaparlament warnte vor einem Scheitern des Handelsdeals. [...]

Die Vereinbarung, die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen in Trumps Golf-Resort im schottischen Turnberry unterzeichnet hatte, stand von Anfang an in der

Kritik. Sie benachteilige die europäische Industrie, hieß es. Von der Leyen weist das zurück: Der Deal habe einen Handelskrieg verhindert und Ruhe gebracht, erklärte die EU-Kommission zum Jahrestag am 27. Juli.

Doch nun droht eine neue Eskalation. Die EU werde einen „sehr hohen Preis“ für die Google-Strafe zahlen, warnte Trump.

Quelle: [Eric Bonse in der taz](#)

10. **Die Behauptung einer sogenannten „Überkapazität“ ist nicht haltbar**

In den letzten Jahren haben bestimmte westliche Volkswirtschaften, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer eigenen Industrie und ihre Marktposition zu schützen, wirtschafts- und handelspolitische Fragen politisiert, falsche Thesen wie die sogenannte „Überkapazität“ Chinas oder den „China-Schock 2.0“ hochgespielt und dies als Vorwand genutzt, um verschiedene protektionistische Maßnahmen durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang veröffentlichte das chinesische Handelsministerium am Dienstag das Dokument „Die Position Chinas zur Frage der sogenannten „Überkapazität““.

In Bezug auf die falsche Behauptung, dass „chinesische Industriesubventionen zu Überkapazitäten führen“, wird in dem Positionspapier klargestellt, dass Subventionen an sich kein Problem darstellten, jedoch im Einklang mit den WTO-Grundsätzen der Offenheit, Fairness und Regelkonformität sinnvoll eingesetzt werden sollten.

Gleichzeitig seien die technologischen Durchbrüche und die Führungsposition Chinas in vielen Branchen das Ergebnis langwieriger, mit hohen Investitionen verbundener Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowie der Überwindung großer Herausforderungen und nicht das Ergebnis staatlicher Subventionen.

Quelle: [CRI online](#)

Anmerkung Christian Reimann: Auch in Deutschland und in der EU ist der Vorwurf der „Überkapazität“ gegen China bekannt. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch [China kündigt entschlossene Reaktion auf diskriminierende EU-Maßnahmen an](#) mit einer Anmerkung.

11. **Nach Vorstoß im EU-Parlament: Paris weist Journalistin Fedorova aus**

Frankreich weist die ebenso prominente wie umstrittene russische Journalistin Xenia Fedorova aus. Einen entsprechenden Erlass gab das Innenministerium in Paris bekannt.

Die Russin sei in Frankreich „eine besonders schwerwiegende und akute Gefahr für die öffentliche Ordnung“, zitierte die Zeitung „Libération“ aus dem Erlass des Ministeriums. Belege werden nicht genannt.

Fedorova wurde an der Berlin School of Creative Leadership ausgebildet und hat jahrelang "RT France" geleitet. Aktuell arbeitet sie für den konservativen Sender TV-Sender CNews des rechtslastigen französischen Medienunternehmers Bolloré. Im französischen Wikipedia wird sie als "Einflussagentin und russische Propagandistin" bezeichnet – als wenn dies Berufsbezeichnungen wären. Der "Spiegel" nennt sie "Sprachrohr des Kreml" – als wenn sie von dort ihre Befehle bekäme.

Quelle: [Lost in Europe](#)

12. **Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz dient Ausschluss fortschrittlicher Kräfte: Freie Wahl abgeschafft**

Am 13. September finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Aktuell beraten dort Wahlausschüsse landauf, landab über die Zulassung der Kandidaten. In einem neuen Verfahren wird dabei großflächig die „Verfassungstreue“ der Bewerberinnen und Bewerber geprüft. Ein AfD-Kandidat ist schon aus dem Rennen, weitere könnten in den nächsten Tage folgen. Dass es gerade Wahlbewerber der AfD trifft, ist weder ein schwacher Trost noch Anlass für klammheimliche Freude.

Der Abbau des passiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene ist Teil des reaktionär-militaristischen Staatsumbaus. Die Innenministerien der Länder und ihre angegliederten Ämter für „Verfassungsschutz“ entscheiden über „geeignete“, sprich, der Exekutive genehme Kandidaten. Im Eifer des Gefechts führen die Akteure in den Innenministerien die vermeintlich unantastbare Heilige Kuh der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, den Grundsatz der freien Wahlen, niedergelegt in Artikel 38, Absatz 1, Satz 1 Grundgesetz, zur Schlachtbank. Die wohlfeilen Gebote des Bundesverfassungsgerichts interessieren nicht mehr.

Quelle: [unsere zeit](#)

dazu auch: **Verzweifelt Kramen in der Wahlrechts-Trickkiste: Drei Prozent statt fünf Prozent?**

Wem bei der Nichtzulassung von AfD-Kandidaten zu Kommunalwahlen in mittlerweile einer ganzen Reihe von Kommunen noch nicht schwummrig wurde, der bekommt jetzt ganz neues Material geliefert: eine Debatte darüber, ob nicht die Fünf-Prozent-Klausel im Wahlrecht durch eine Drei-Prozent-Klausel ersetzt werden soll.

Über Jahrzehnte hinweg galt die Fünf-Prozent-Hürde geradezu als der Heilige Gral der bundesdeutschen Demokratie. Vor diesem Hintergrund wundert es ein wenig, zu sehen, wie diese Debatte jetzt aufkommt.

Wenig wundert sie allerdings, wenn man daran denkt, dass gerade in Sachsen-Anhalt die SPD davor steht, womöglich an eben dieser Hürde zu scheitern, und dass viele im Parlament vertretene kleinere Parteien eine AfD-Mehrheit verhindern würden – nicht

durch die inhaltliche Stärke oder Überzeugungskraft der anderen Parteien, sondern wieder einmal durch eine Änderung der Bedingungen, wie schon bei den oben erwähnten Kommunalwahlen. [...]

Sollte jetzt, mit dem opportunistischen Gedanken, damit eine AfD-Regierung zu verhindern, die Prozentschwelle gesenkt werden, dann brächte das die Republik tatsächlich ein Stück näher an Weimarer Verhältnisse. Aber nicht wegen der Zahl der Parteien – sondern weil die Missachtung der Demokratie durch die Regierenden wesentlich zum Ende der Weimarer Republik beigetragen hat.

Quelle: [RT DE](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Die Demokratie in Deutschland wird immer fragwürdiger – und wird von den etablierten Parteien quasi nach dem Motto „Was nicht passt, wird passend gemacht“ betrieben.*

13. **Homeoffice: Wunsch und Wirklichkeit klaffen häufiger auseinander**

Beschäftigte, die mal im Homeoffice und mal im Betrieb arbeiten, sind häufig recht zufrieden. Doch wenn die Homeoffice-Realität stark von den eigenen Bedürfnissen abweicht, treten häufig Stress und gesundheitliche Probleme auf. Das ergibt eine neue Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Coronakrise hat der Arbeit in den eigenen vier Wänden zu einem nachhaltigen Durchbruch verholfen: Mittlerweile sei offensichtlich, dass sich die Entwicklung nicht rückgängig machen lässt, erklärt Dr. Helge Emmeler. Der WSI-Forscher hat die aktuelle Situation in Sachen mobile Arbeit untersucht und dafür Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels ausgewertet. Seinen Ergebnissen zufolge hat sich an der Verbreitung zuletzt wenig geändert, wobei es deutliche Unterschiede vor allem zwischen Beschäftigten mit und ohne Hochschulabschluss gibt. Hybride Modelle, bei denen sich Homeoffice und Arbeit im Betrieb abwechseln, entsprechen am besten den Bedürfnissen der meisten Beschäftigten, die zu rund zwei Dritteln mit den bestehenden Regelungen zufrieden sind oder allenfalls ein wenig öfter zu Hause arbeiten möchten. Diejenigen, deren Bedürfnisse klar von der betrieblichen Realität abweichen, sind deutlich öfter von starker beruflicher Belastung und gesundheitlichen Problemen betroffen.

Quelle: [Hans Böckler Stiftung](#)

14. **Vereinigtes Königreich: Labour hofft auf Sieg**

Großbritannien: Nach der Kür von Andy Burnham zum Regierungschef wählt Manchester einen neuen Bürgermeister

Die Großstadtregion Greater Manchester wählt einen neuen Bürgermeister. Die Wahl

an diesem Donnerstag wird notwendig, da der bisherige Bürgermeister Andrew Burnham durch seinen Sieg bei den Nachwahlen im Juni wieder ins britische Parlament eingezogen und nun neuer Regierungschef ist.

Greater Manchester ist nach London die zweitgrößte Metropolregion Englands. Bei den Wahlen 2024 hatte Burnham fast 64 Prozent der Stimmen erhalten, doch die Wahlbeteiligung lag nur bei 32 Prozent. Umfragen deuten darauf hin, dass die Labour-Partei auch diesmal gewinnen wird. Großspurige Ankündigungen des Reform-UK-Chefs Nigel Farage, »alles in den Wahlkampf in Manchester zu werfen«, damit die extrem rechte Partei erstmals einen Bürgermeister stellen kann, setzte die Partei schließlich nicht um. Farage kämpft um seine eigene Nachwahl in Essex.

Mehr als zwei Millionen Menschen sind wahlberechtigt, um einen neuen Bürgermeister für Greater Manchester zu wählen. Damit ist es die größte Nachwahl in der Geschichte Großbritanniens. Sieben Kandidaten bewerben sich um die Nachfolge Burnhams.

Quelle: [junge Welt](#)

15. **Faucis geheimes Tagebuch: „Wichtiges Zoom-Meeting mit Karl Lauterbach“**

Geheime Impf-Absprachen, Affenpocken und ein Selfie für die Tochter: Im Tagebuch des Immunologen Anthony Fauci stößt man auf Karl Lauterbach. [...]

Vergangene Woche veröffentlichte Senator Paul Tausende Seiten an Dokumenten. Sie zeigen teils Widersprüche in Wissenschaftlerkreisen und in Faucis öffentlichen Aussagen. Lauterbach kommt in Faucis Notizen durchaus prominent vor. Die Aufzeichnungen des umstrittenen Virologen geben unbekannte Einblicke in eine besondere Zeit: die Impfkampagne. Lauterbach hat sich oft den Rat des „Corona-Papstes“ eingeholt.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)